



Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt

An den Bürgermeister
der Stadt Haltern
Rathaus
Dr. Conrads-Str. 1
54721 Haltern am See

(Kopie an die Fraktionsvorsitzenden
der im Rat vertretenen Parteien)

November 2021

Anregung nach § 24 Gemeindeordnung: Schaffung der Voraussetzungen für die Einrichtung von Bürgerräten (Grundsatzbeschluss)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stegemann,
sehr geehrte Ratsvertreterinnen und -vertreter,

in bereits erfolgten Vorgesprächen mit Ihnen - dem Bürgermeister und allen im Rat vertretenen Fraktionen - sowie durch Information in der Öffentlichkeit ist das Beteiligungs- und Beratungsinstrument der „Bürgerräte“ für Haltern weitgehend bekanntgemacht und erörtert worden.

Nunmehr möchte das Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt einen Beschlussvorschlag für die Ratssitzung am 25.11.2021 unterbreiten, der als Anlage beigefügt ist. Mittlerweile wird das grundsätzliche Anliegen der Errichtung eines Bürgerrates von der VHS, dem DGB und dem Könzgenhaus unterstützt.

Vielen Dank für Ihre konstruktive Befassung mit unserem Vorschlag und Ihre Zustimmung und Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. gez.

Ulrich Brack Herbert Bludau-Hoffmann Bernhard Damm Wilhelm Neurohr Wolfgang Roberz
Bernhard Unland

Anlage

Anregung nach § 24 Gemeindeordnung:

Das Halterner Forum regt folgenden Grundsatzbeschluss zur Einrichtung von Bürgerräten in der Stadt Haltern am See an

Beschlussvorschlag:

- Der Rat der Stadt Haltern am See beschließt, das Instrument eines losbasierten Bürgerrats als weiteres mögliches Beratungsinstrument in die Entscheidungsfindung für die Stadt einzuführen.
- Der Rat kann in der Folge bei wichtigen Themenstellungen, die insbesondere auch aus der Bürgerschaft vorgeschlagen werden können, beschließen, einen themenbezogenen Bürgerrat einzuberufen.
- Der Rat erklärt sich bereit, die Ergebnisse, Empfehlungen, Ideen und Vorschläge aus den jeweiligen Bürgerräten, die in einem Bürgergutachten zusammengefasst werden, nach vorheriger öffentlicher Diskussion bei seinen politischen Beratungen mit einzubeziehen und abzuwägen vor seiner abschließenden politischen Entscheidungsfindung.

Zum weiteren Vorgehen:

- Zur Durchführung der einzelnen losbasierten Bürgerräte und deren Verfahrensschritte sind jeweils gesonderte Ratsbeschlüsse zu fassen. Hierzu schlagen gesellschaftliche Gruppen, Bürgerinitiativen, Vereine, Parteien, der Rat oder Verwaltung vor, ein besonders wichtiges, komplexes oder auch strittiges Thema durch einen losbasierten Bürgerrat beraten zu lassen. Dazu erfolgt eine Beratung und Beschlussfassung im Rat, ob das vorgeschlagene Thema durch einen Bürgerrat beraten werden soll.

- Zur Vorbereitung, Begleitung und Durchführung erscheint die Einrichtung einer Lenkungsgruppe als sinnvoll, bestehend aus einem Ansprechpartner in der Verwaltung und ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern zur organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des konkreten losbasierten Bürgerrates zu dem dann feststehenden Thema.

- Die Lenkungsgruppe soll für den Rat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung eine Aufstellung über die erforderlichen organisatorischen, personellen, logistischen und finanziellen Rahmenbedingungen und Ressourcen sowie die jeweiligen finanziellen Aufwendungen vorlegen.

- Die Durchführung erfolgt über vom Rat erteilte Ermächtigung der Verwaltung, das jeweilige Losverfahren zu Besetzung des Bürgerrates auf der Grundlage der Einwohnermeldedatei unter Beachtung des Datenschutzes durchzuführen mitsamt Benachrichtigung und Einladung der Ausgelosten. Die Kriterien für das Losverfahren sollen die Berücksichtigung der Geschlechterquote und Beteiligung aller Altersgruppen ermöglichen.

- Begründung:

In Deutschland wächst die Zahl lokaler zufällig geloster *Bürgerräte* ebenso wie die Zahl der Initiativen für deren Einrichtung. In über 30 Städten sind bereits Bürgerräte eingerichtet und durchgeführt worden (mit positiven Erfahrungen) oder in konkreter Vorbereitung. In über 40 weiteren Städten gibt es Bürgerrats-Initiativen, wie in Haltern am See. Bundesweiten Umfragen zufolge befürworten 64% die Einrichtung von Bürgerräten. In sämtlichen 299 deutschen Bundestags-Wahlkreisen befürwortet nach aktuellen Umfragen eine meist absolute Mehrheit der Bürger mit insgesamt 54% die Etablierung losbasierter Bürgerräte. Zwischenzeitlich haben sämtliche im Bundestag vertretene Parteien (mit Ausnahme der AfD) die Einrichtung von Bürgerräten befürwortet.

Nach dem Zufallsprinzip ausgeloste Bürgerinnen und Bürger in zweistelliger Zahl (aus dem Einwohnermelderegister) als repräsentativer Querschnitt sollen wichtige, von Bürgern selber ausgewählte Themen aus dem Stadtgeschehen begleiten. An mehreren Tagen oder einem Wochenende wird das jeweilige Thema nach Inputs durch Fachleute in der internen Runde der gelosten Bürgerinnen und Bürger diskutiert und bewertet. Eine professionelle Moderation soll gewährleisten, dass auch politisch nicht vorgebildete und weniger wortgewandte Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich einbringen können.

Anschließend werden die gemeinsam erzielten Ergebnisse in einem „Bürgergutachten“ zusammengefasst und der Öffentlichkeit vorgestellt. Danach wird es den gewählten Kommunalpolitikern als Beratungshilfe für ihre Entscheidungen zur Verfügung gestellt. Es entscheiden am Ende also nicht die Bürgerräte, sondern die gewählten Ratsmitglieder. Dabei sollen aber neue Ideen und von der Bürgerschaft mitgetragene Problemlösungen in die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse einfließen, als Bereicherung der lokalen Demokratie.

Der Deutsche Städtetag will mit den Bürgerräten eine Brücke zwischen Bürgerschaft und Politik bereiten und der Städte- und Gemeindebund engagiert sich in einem breiten Bündnis pro Bürgerräte, mit Unterstützung auch vom Zentralrat der Katholiken und der evangelischen Kirche, die sich für lokale Bürgerräte aussprechen. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung bis zur Bertelsmann-Stiftung wird für das Zukunftsmodell „Bürgerrat“ als Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie geworben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung sieht mehr Bürgermitsprache als die große Herausforderung unserer Zeit.

In NRW hat eine Enquete-Kommission im Mai 2021 dem Landtag zu einer frühzeitigen beratenden Bürgerbeteiligung durch zufallsgesteuerte Auswahl vor allem auf der kommunalen Ebene geraten. „Insbesondere bei stark konfliktbehafteten Themen und großen Infrastrukturvorhaben können Probleme durch frühzeitige Bürgerbeteiligung besser gelöst und Planungsverfahren beschleunigt werden“, so heißt es in der Empfehlung. Auf der Bundesebene sind unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Schäuble und des Ex-Bundespräsidenten Köhler bereits 4 Bürgerräte zu bundespolitischen Themen mit sehr positiven Erfahrungen durchgeführt worden mit einer anschließenden Empfehlung auch für lokale Bürgerräte. Zugleich ist die Bereitstellung von Fördergeldern zur finanziellen Unterstützung der Bürgerräte in Aussicht gestellt worden.

Auch in Haltern stehen möglicherweise Projekte und konfliktträchtige Entscheidungen in nächster Zeit an, die des demokratischen Diskurses bedürfen. Die Mitwirkungsbereitschaft an so einem Demokratie-Experiment lässt sich auch in örtlichen Bürgerinitiativen und Leserbriefen ablesen, so dass die Bürgerräte zu konsensfähigen Problemlösungen in der Stadt konstruktiv beitragen und den Ratsgremien die Entscheidungen erleichtern können.

Das Halterner Forum bietet an, sich in der Lenkungsgruppe einzubringen.